

## Protokoll Arbeitskreis Religionsfreiheit IGFM

Datum: 6. Februar 2021

Uhrzeit: 11.15 Uhr- 12.30 Uhr

Ort: Online Meeting (jitsi)

Teilnehmerzahl: 8 Personen (Liste liegt der IGFM vor)

### Tagesordnungspunkte:

1. Christen und andere Minderheiten in Zeiten von Corona
2. Die Zabbalin in Kairos Armenvierteln – Geschichte der Diskriminierung und Lösungsansätze
3. Ein halbes Jahr nach der Explosionskatastrophe: Zur Lage der Christen im Libanon

### Zusammenfassung der Vorträge:

1. „Christen und andere Minderheiten in Zeiten von Corona“  
Referent: Walter Flick (IGFM Mitarbeiter)

Zu Beginn des Referats wird auf die Notwendigkeit der Thematik eingegangen und prinzipielle Beobachtungen in verschiedenen Ländern dargelegt und erläutert, warum auf die coronabedingte Diskriminierung eingegangen werden muss. Im weiteren Verlauf des Referats wurde ein kurzer Einblick auf verschiedene Länder gegeben.

Türkei: Im Mai 2020 nahm die Bedrohungslage der christlichen und jüdischen Minderheit zu: Eine 176-seitige Sonderausgabe der regierungsnahen Zeitschrift Gercek Hayat (Echtes Leben), brachte armenische und griechisch-orthodoxe sowie die jüdische Minderheit in Verbindung mit dem Islamprediger Fetullah Gülen vorgeworfenen Umsturzversuch von 2016 und seiner als Fetö bezeichneten staatlich geächteten Bewegung. Die als „Fetös Diener“ bezeichneten Christen und Juden befürchten in der coronabedingten Wirtschaftskrise als Sündenböcke und Angriffsziele benannt zu werden. In einem dringenden Appell wenden sich Christen und Juden an Erdogan um Schutz und Sicherheitsmaßnahmen. Hintergrund ist auch ein bereits am 8. Mai erfolgter Brand-Angriff eines angeblich verwirrten Mannes auf das Eingangstor einer armenischen Kirche im Istanbuler Stadtteil Bakirkoy, von der die Corona-Infektion ausgebrochen sein sollte. Der IGFM wurden im Laufe des Jahres 2020 und Anfang 2021 keine Anzeichen einer systematischen Benachteiligung von religiösen Minderheiten in Verbindung mit Corona gemeldet.

Iran: Im Iran kam es im Rahmen der Corona-Krise im Frühjahr 2020 zu Gefängnisaufläufen. Die iranischen Behörden entließen tausende Gefangene, darunter Anhänger der Bahai-

Religion und einzelne wegen ihres christlichen Glaubens Inhaftierte. Der UN-Sondergesandte für Iran hatte die Entlassung aller aus Gewissensgründen Inhaftierten gefordert. Allerdings wurden nach Bahai-Informationen trotz Corona mindestens 77 ihrer Gläubigen bei einer zweiten Corona-Welle neu Inhaftiert.

Südkorea: Es kam 2020 zu einer Verfolgung der als Sekte angesehenen Shincheonji-Kirche, nachdem es dort nach einer Zeremonie in der Stadt Daegu durch eine „Superspreaderin“ zahlreiche Ansteckungen gab. Obwohl die Kirchenleitung den Behördenauflagen dann Rechnung trug, kam es u.a. zu Arbeitsentlassungen und Diffamierungen von Mitgliedern dieser Gemeinschaft.

Myanmar (Birma): Muslimische Rohingya wurden für den Ausbruch einer zweiten Corona-Welle verantwortlich gemacht und von medizinischer Versorgung ausgeschlossen.

Bangladesch: Hunderttausende Rohingya-Flüchtlinge in Lagern sind von Corona bedroht.

Pakistan: Durch den langjährigen Kontakt der IGFM mit der pakistanischen Rechtsanwältin und Gründerin der Organisation „The Voice“, konnten einige Informationen bezüglich der Lage der Christen in Pakistan in Zeiten von Corona in Erfahrung gebracht werden. Antwort auf die Frage nach der Benachteiligung der Christen, erhielten wie folgende Antwort: „Ja! Christen wurden in Pakistan unter vielen Aspekten benachteiligt und diskriminiert im vergangenen Jahr und bis jetzt, besonders als es den Lockdown gab. Während des Lockdowns wurde Christen Hilfe von islamischen Nichtregierungsorganisationen und staatlichen Stellen in Bezug auf Hilfspakete oder Lebensmittelversorgung verweigert. Christen wurden für Lebensmittel zur Konversion gezwungen, das heißt, ihnen wurden Lebensmittel gegeben, wenn sie zur Konversion bereit waren. Während des Covid-Lockdowns haben viele Firmen und Ämter Mitarbeiter entlassen, die ihre Arbeit nur verloren haben, weil sie Christen sind. So haben Christen neben Zwangskonversionen und Lebensmittelverweigerung, Arbeitslosigkeit und Unsicherheit erlitten.“. Am 11. Mai 2020 wurden in der Provinz Sindh 21 Häuser, in denen Hindus lebten, angezündet. Es gibt auch Berichte der Stigmatisierung von Schiiten in Pakistan wegen der angeblichen Verbreitung des Corona-Virus.

Indien: Nach einem Bericht des Deutschlandfunks vom 9. Dezember 2020 beschuldigten radikale Hindus in Indien Muslime, für die Ausbreitung der Pandemie verantwortlich zu sein. Moscheen werden als „Corona-Fabriken“ bezeichnet und es ist die Rede von einem „Corona-Dschihad“. Nach der Veranstaltung einer islamischen Organisation im März 2020 in Dehli mit 8.000 Teilnehmern gab es Angriffe auf Moslems als „Corona-Verbreiter“. Zudem wurden Geschäfte von Muslimen boykottiert. Die ungefähr 170 Millionen Mitglieder umfassende islamische Minderheit in Indien fühlt sich auch durch ein neues Staatsbürgergesetz diskriminiert, das Muslime von der Einwanderung nach Indien ausschließt. Auch die christliche Minderheit leidet coronabedingt unter Benachteiligungen. Nahrungshilfen für Christen wurden nach Informationen von Open Doors verweigert. Viele Christen sind Dalits, die als Tagelöhner und Wanderarbeiter nicht arbeiten können. Manchmal wird die Hilfe gemäß der Antikonversionsgesetze als verbotene Mission aufgefasst. Seit dem 28. November 2020 gilt in dem Bundesstaat Uttar Pradesh ein neues Antikonversionsgesetz. Es gibt in Indien eine Corona-Pflicht-App., die z.B. auch den Aufenthalt von Christen und ihren

Versammlungen aufspüren kann. Durch eine neue Gesetzgebung werden Geldüberweisungen aus dem Ausland nach Indien erschwert.

China: Nach einem Bericht der Auslandspfarrerin Heike Beck der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau sollen in einigen Regionen Chinas die Corona-Ausgangssperren von Regierungsbeamten dazu benutzt werden, in großem Maße Kreuze an Gebäuden abzubauen oder gar zu zerstören. Im Zusammenhang mit Kreuzentfernung sei auch auf den „Gefangenen des Monats“ Januar 2021, Pastor Li Juncau, verwiesen. Nach Informationen der US-Kommission für Religionsfreiheit wurden während der Pandemie eine Million Polizisten zu 10 Millionen Häusern von Tibetern geschickt, um diese zu kontrollieren. Muslimische Uiguren mussten trotz ungünstiger Bedingungen weiterarbeiten. Es sei auf den Jahresbericht 2020 der „Kirche des Allmächtigen Gottes“ verwiesen. Darin heißt es: „Im Jahr 2020 wurden mindestens 7.055 Christen der „Kirche des Allmächtigen Gottes“ verhaftet, 1.098 verurteilt und 21 kamen durch Verfolgung zu Tode.“

Abschließend wurde auf Hilfsmöglichkeiten für aufgrund der Pandemie diskriminierte Angehörige religiöser Minderheiten hingewiesen. Es sind z.B. Geldüberweisungen für Lebensmittel, Medizin und Schutzausrüstungen möglich. Die IGFM hat hierfür gute Kontakte nach Pakistan. Ein IGFM-Förderer schickt dort regelmäßig Pakete hin, die auch beim dortigen Pfarrer ankommen. Politische Appelle an die diskriminierenden Regierungen, an EU-Stellen und deutsche und internationale Politiker sind nötig.

## 2. „Die Zabbalin in Kairos Armenvierteln – Geschichte der Diskriminierung und Lösungsansätze“

Referentin: Michaela Koller, IGFM-Referentin für Religionsfreiheit

Unter diesem Tagesordnungspunkt berichtet IGFM Referentin Michaela Koller live aus Kairo über die Arbeit der IGFM in Ägypten und über ihre Reiseerfahrungen.

Die Reise führte Koller nach Kairo, in das Viertel Moytamaeia, eines der Müllviertel, wo viele Christen ihren Lebensunterhalt mit Recycling verdienen. Die Zabbalin (Müllmenschen) sind überwiegend Christen und eine gesellschaftlich benachteiligte Gruppe. Die Menschen vor Ort, die Lebensmittelpakete während der Pandemie erhalten haben, sind überaus dankbar für die Spenden. Die Partner in Ägypten, die bei der Verteilung der Lebensmittelpakete mitgewirkt haben, können rückblickend sagen, dass diese Spenden die Menschen vor dem Verhungern gerettet haben. Laut Angaben der Vertreter haben viele Menschen in Moytamaeia während des Lockdowns nichts mehr gehabt und niemand konnte auf Notreserven und Ersparnisse zurückgreifen. Ebenso konnten einige Menschen Dank der Lebensmittelpakete zunächst auf die Tätigkeiten verzichten, die ein hohes Infektionsrisiko mit sich bringen und somit eine Ansteckung für sich und ihre Familien verhindern. Vor Ort verteilte Michaela Koller auch Lebensmittel mit und konnte sich so ein Bild von der Lage machen. Das Problem ist nämlich nicht nur der Lockdown, der dafür gesorgt hat, dass die Menschen kein Einkommen mehr hatten. Auch nach der Öffnung haben beispielsweise Friseure in Moytamaeia kaum noch Kunden, da die Menschen Angst vor einer Ansteckung haben. Diese Angst sei nicht unberechtigt, da nach Angaben der Einwohner viele Menschen zu Beginn der Pandemie an dem Virus gestorben sind. Auch aktuell sei es zu einigen

Infektionsfällen gekommen, doch es habe in letzter Zeit keinen Todesfall in Zusammenhang mit COVID-19 gegeben.

Durch Gespräche mit den Partnerorganisationen der IGFM war deutlich zu erkennen, dass es den Menschen nicht nur an Nahrung fehlt, sondern dass auch Medikamente nahezu unbezahlbar für die Menschen während der Pandemie sind und hier Patenschaften viel bewirken könnten. Aus verschiedenen Gesprächen ist hervorgegangen, dass für die meisten bereits ein monatlicher Beitrag von 20 bis 40 Euro eine große Entlastung bedeuten würde. Michaela Koller wird diesbezüglich schauen, was seitens der IGFM an Unterstützung möglich ist und ob in Zukunft weitere Projekte realisiert werden können. Die IGFM-Referentin ist froh darüber, die Reise angetreten und sich somit ein Bild vor Ort gemacht zu haben.

3. „Ein halbes Jahr nach der Explosionskatastrophe: Zur Lage der Christen im Libanon“  
Referentin: Manale Saab, SIC Libanon (Sharing is Caring), Beirut, Libanon

Aus persönlichen Gründen hat es Manale Saab leider auch nicht online zu dem Arbeitskreis geschafft, hat aber vorab unserer IGFM-Referentin Michaela Koller eine E-Mail mit den wichtigsten Informationen ihres Vortrags geschickt.

Manale Saab schildert in Ihrer E-Mail, dass die Hilfe, die Sie mit Ihrer Organisation zu leisten versucht, leider auf wenig Unterstützung seitens der Regierung stößt. Der Begriff der Würde ist Manale sehr wichtig und sie betont, dass *große* Nichtregierungsorganisationen nicht das Problem an der Wurzel packen. Sie schicken seit der Explosionskatastrophe am 4. August 2020 Lebensmittelpakete und lassen die Menschen sonst mit ihren Problemen alleine. Die Opfer der Explosionen brauchen psychologische sowie monetäre Hilfe und Bildung. Saab erklärt, dass die meisten Häuser noch nicht wiederaufgebaut sind. Sie hat das Gefühl, dass die Lage nicht ernst genug genommen wird, denn je mehr Zeit vergeht, desto mehr Geld verlieren die Menschen. Sie erhofft sich vor allem nachhaltige Hilfe, damit die Menschen wieder für sich selbst sorgen können und somit einen Teil ihrer Würde wieder zurückbekommen. Dennoch ist sie dankbar für die kleinen Dinge, die sie mit ihrer kleinen Organisation bewirken kann. Ebenso war sie sehr erfreut über den Besuch von Khalil Al Rasho, dem IGFM-Referenten für humanitäre Hilfe im Nahen Osten. Gemeinsam konnten sie einigen armen Familien helfen und etwas Liebe verbreiten.